

Erklärung zum Antrag der Koalitionsfraktionen DS 17/5797.

## **Notwendige Finanzhilfen für Portugal zur Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro**

### **Abstimmungsverhalten: ENTHALTUNG**

Ich kann dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Den Griechenlandhilfen (Finanz- und Garantiefumfang für Deutschland 22 Mrd. Euro zuzüglich Zinsrisiken) habe ich am 7. Mai 2010 nur zugestimmt, weil die Zeit für die Erarbeitung einer in den EU-Verträgen fehlenden Rechtsgrundlage für ein geordnetes Restrukturierungsverfahren/ Regeln für Staatsinsolvenzen angeblich gefehlt hat.

Den Stabilisierungs- und Gewährleistungsgesetzen (Anteil Deutschlands 147 Mrd. Euro incl. zusätzlicher Garantieermächtigungen), das bereits wenige Tage nach dem Griechenlandpaket beschlossen wurde, habe ich nicht zugestimmt, sondern mich der Stimme wegen schwerer rechtlicher und ökonomischer Bedenken enthalten.

Wenn also der temporäre Euro-Rettungsschirm m.E. gegen geltendes EU-Recht verstößt, dann gilt das logischerweise auch aus allen daraus finanzierten Leistungen. Insofern bestimmt sich mein jetziges aus dem Abstimmungsverhalten zu vorherigen Gesetzen zum Euro-Stabilitätsmechanismus.

Die Vorstellung, die prekäre finanzielle Situation einzelner Mitgliedsstaaten der Eurogruppe könne mit Milliarden Garantien und Krediten abgewendet und dadurch der Euro gestärkt werden, halte ich für illusorisch. Auch das Portugal-Hilfspaket wird die portugiesischen Staatsfinanzen nicht sanieren, sondern vielmehr schwächen.

Selbst die kurzfristige Abschwächung der Spekulations- und Nervositätsdynamik an den Finanzmärkten kann nicht darüber hinweg täuschen, dass durch eine derartige Ad-hoc-Politik langfristig mehr Vertrauen zerstört und keine echte Stabilisierung erzielt werden kann.

Die Inanspruchnahme des Rettungsschirms durch Portugal ist ein weiterer Schritt der von der Stabilitätsgemeinschaft der Eurozone hin zu einer Schulden-Haftungs- und Transferegemeinschaft. Das ist ein weiterer Grund, dass sich an den Märkten auf Dauer kaum Vertrauen herstellen lassen wird.

Wenig Vertrauenerweckend ist außerdem, dass es zumindest für die erste Tranche der Zahlungen aus dem Rettungsschirm keinen eindeutigen Adressaten gibt. Wenn es den Portugiesen wirklich ernst wäre, dann würden sie schon heute zusichern, dass unmittelbar nach der Wahl das neue Parlament/ die neue Regierung in Sondersitzungen das Auflagenprogramm beschließt. bisher gibt es aber nur recht wage Ankündigungen der verschiedenen Parteien. Wenn also schon zur begünstigenden Quelle der Hilfeleistung wenig Stringenz zu erkennen ist, wie soll es dann erst bei der Durchsetzung der belastenden Auflagen werden? Ein Aufweichen des verlangten Reformkurses (dessen Einzelmaßnahmen, die m.E. allesamt nicht dual – also nicht gleichzeitig auf Konsolidierung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet, sondern lediglich politisch kaum durchsetzbare „Herunterschumpungsmaßnahmen“ sind) ist schon jetzt vorprogrammiert. Die bereits jetzt eingeräumten Zinskonzessionen und Streckung der Konsolidierung zeigt, wohin die Reise gehen wird. Nachverhandlungen und Nachforderungen in Griechenland und Irland zeigen, dass die strikte Konditionalität der Hilfsprogramme Schritt für Schritt verschwinden wird. Sie ist nur weiße Salbe um die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten zur Zustimmung für Hilfspakete zu bewegen. Damit wird die Währungsunion aber endgültig zur Transferunion und zwar nur, weil die manche Regierung der Mitgliedsstaaten eine Umschuldung/ Restrukturierung/ Haircut für die Gläubiger mit aller Macht verhindern wollen. Dabei ist das ist das die einzig vernünftige Lösung und im Übrigen eine weit weniger die Währungsstabilität gefährdende Angelegenheit als ein Austritt von Staaten aus Euroraum. Er würde die Marktdisziplin der Eurostaaten stärken, einen Neustart ermöglichen und der EU eine Transferunion weitestgehend ersparen. Insofern ist das, was wir mit dem Rettungsschirm und den Hilfspaketen für einzelne Mitgliedsstaaten machen Insolvenzverschleppung, an der ich mich nicht beteiligen möchte.

Deshalb kann ich auch getrost bei meiner Überzeugung bleiben, die ich bereits im Zuge der Verabschiedung des Griechenlandpakets geäußert habe, dass die private Gläubiger viel zu wenig am Rettungspaket beteiligt wurden.

Auch mit der heutigen Entscheidung hilft Deutschland seinen Konkurrenten am Kapitalmarkt, dass die Hauptlast der Gewährleistung zu tragen hat, sich wieder billiger zu verschulden. Die europäische Schuldenblase wird weiter aufgeblasen.

Der temporäre Rettungsschirm, alle Maßnahmen daraus sowie der permanente Rettungsschirm in der vorliegenden Form sind die falsche Antwort auf die Krise, die keine des Euro ist, sondern eine Schulden- und Strukturkrise mancher Eurostaaten. Es gibt Alternativen zu diesen angeblich „alternativlosen“ Notstandsmaßnahmen, darin sehe ich mich mit an die 200 namhaften Wissenschaftlern einig.

Veronika Bellmann MdB

Berlin, 12.05.11